

Herrn Oberbürgermeister  
 Dr. Frank Mentrup  
 76124 Karlsruhe

16.10.2023

<b>DOPPELHAUSHALT</b>	<b>2024/2025</b>
<b>ANTRAG</b>	<b>DHH/2023/5036</b>

**Eltern weniger belasten - Kita-Gebührenerhöhung halbieren**

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 249	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich   Produktgruppe   Schlüsselposition					
▶ 3650-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2024	2025	2026	2027	2028
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Bitte aus Liste auswählen	2.500.000	2.500.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
Die Kürzung der Erstkinderzuschüsse für Kindertagesstätten sowie die vorgesehene Erhöhung des städtischen Beitragsniveaus (Beitragsentgelte) werden reduziert. Der städtische Einsparvorschlag wird dafür um die Hälfte reduziert.					

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

<b>▶ Weitere Angaben</b>
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ Träger von Kindertagesstätten
<b>▶ Sachverhalt   Begründung</b>

Die geplante Maßnahme zur Haushaltssicherung HHS-GR 61 geht in voller Höhe auf Kosten aller Karlsruher Eltern mit Kindern in Kindertagesstätten. Da die Zahlen zeigen, dass die Beitragssystematik mit reduzierten Elternbeiträgen nicht so greift, wie von der Stadtverwaltung ursprünglich intendiert, treffen die geplanten Erhöhungen mitunter auch die „working poor“. In Zeiten von hohen Preissteigerungen in vielen Bereichen sind darüber hinaus viele Eltern stark finanziell gefordert.

Eine Erhöhung des städtischen Beitragsniveaus und in Folge auch die Anhebung der Elternbeiträge freier Träger durch eine Absenkung der Erstkinderzuschüsse wird in Anbetracht der Haushaltslage nicht zu verhindern sein.

Dennoch fordern die antragsstellenden Fraktionen ein moderateres Vorgehen bei den geplanten Kürzungen und fordern daher, den Ansatz um die Hälfte zu reduzieren.

---

Unterzeichnet von:

Aljoscha Löffler, Jorinda Fahringer und GRÜNE Fraktion

Yvette Melchien und SPD-Fraktion

Detlef Hofmann und Bettina Meier-Augenstein und CDU-Fraktion

Tom Høyem und FDP-Fraktion